



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Sozialversicherungen BSV

Nachtrag 11 zur Wegleitung zur Erwerbsersatzordnung (WEO)

Gültig ab 1. Januar 2024

318.701.11 d WEO

11.23

Vorwort zum Nachtrag 11, gültig ab 1. Januar 2024

Der vorliegende Nachtrag enthält diverse Präzisierungen im Zusammenhang mit der aktuellen Rechtsprechung und der Änderung des EOG sowie eine redaktionelle Anpassung betreffend AHV21. Des Weiteren enthält dieser Nachtrag diverse Anpassungen von Verweisen auf die ab 1. Januar 2024 geltende RWL. Diese wurde im Rahmen der Reform AHV 21 überarbeitet, was unter anderem zu einer neuen Nummerierung geführt hat.

Mit dem Vermerk 1/24 unter den betreffenden Randziffern wird auf die Änderungen hingewiesen.

- 3001
1/24 Der Entschädigungsanspruch kann frühestens ab dem Tag entstehen, an dem eine Dienst leistende Person das 18. Altersjahr vollendet hat. Davon ausgenommen sind Teilnehmende an eidgenössischen und kantonalen Kaderbildungskursen von J+S. Sie müssen im Kursjahr das 17. Altersjahr vollendet haben.
- 3001.1
1/24 Der Anspruch auf die Entschädigung erlischt am letzten Tag des Monats, der dem Anspruch auf die Altersrente nach dem AHVG vorangeht (Rentenvorbezug nach [Art. 40 AHVG](#) oder Erreichen des Referenzalters nach [Art. 21 AHVG](#)).
- 3021.1
1/24 Bei einer längeren, zusammenhängenden Dienstperiode wie beispielsweise Rekrutenschule, Gradänderungsdienst, Dienst als Durchdiener etc. ist der letzte Dienstag massgebend.
- 4035
1/24 – Pflegekinder der Dienst leistenden Person, die diese unentgeltlich zur dauernden Pflege und Erziehung zu sich genommen hat.
Als Pflegekinder gelten Kinder, welche die Voraussetzung von [Art. 49 Abs. 1 AHVV](#) erfüllen (s. Rz 3057 ff. [RWL](#)). Der Anspruch auf Kinderzulagen für Pflegekinder erlischt, wenn das Pflegekind zu den Eltern zurückkehrt oder von diesen unterhalten wird ([Art. 49 Abs. 3 AHVV](#)).
- 4043
1/24 Hinsichtlich des Begriffs der Ausbildung gelten die Rz 3118 ff. der [RWL](#).
- 5008
1/24 Grundlage für die Bemessung der Entschädigung für Arbeitnehmende bildet das letzte vor dem Einrücken erzielte und auf den Tag umgerechnete Erwerbseinkommen im Sinne von [Art. 5 AHVG](#). Für die Umrechnung werden Tage nicht berücksichtigt, an denen eine arbeitnehmende Person kein oder nur ein vermindertes Erwerbseinkommen erzielt hat wegen:
- Krankheit
 - Unfall
 - Arbeitslosigkeit
 - Dienstleistungen gemäss [Art. 1a EOG](#)

- Mutterschaftsurlaub oder Urlaub des Vaters resp. der Ehefrau der Mutter (inkl. einer allfälligen Verlängerung der Entschädigungsansprüche)
- Betreuung eines gesundheitlich schwer beeinträchtigten Kindes im Sinne von [Artikel 16o EOG](#)
- anderer Gründe, die nicht auf ihr Verschulden zurückzuführen sind.

- 5032
1/24 Für Arbeitnehmende, die in keinem auf Dauer angelegten Arbeitsverhältnis stehen oder deren Erwerbseinkommen starken Schwankungen ausgesetzt ist, wird für die Ermittlung des massgebenden vordienstlichen Erwerbseinkommens auf das während der drei letzten Monate vor Dienstbeginn erzielte und auf den Tag umgerechnete Erwerbseinkommen abgestellt. Lässt sich auf diese Weise kein angemessenes Durchschnittseinkommen ermitteln, so ist das auf den Tag umgerechnete Erwerbseinkommen einer längeren Zeitperiode – höchstens jedoch 12 Monate – zu berücksichtigen.
- 5043.1
1/24 Für die Umrechnung werden Perioden nicht berücksichtigt, in denen eine Person kein oder nur ein vermindertes Erwerbseinkommen erzielt hat wegen:
- Krankheit
 - Unfall
 - Dienstleistungen gemäss [Art. 1a EOG](#)
 - Mutterschaftsurlaub oder Verlängerung des Urlaubs des Vaters resp. der Ehefrau der Mutter im Todesfall der Mutter
 - Betreuung eines gesundheitlich schwer beeinträchtigten Kindes im Sinne von [Artikel 16o EOG](#).
- 6030.1
1/24 Es steht dem Arbeitgeber frei, trotz Lohnfortzahlung während der Dienstleistung die direkte Auszahlung der Entschädigung an die Dienst leistende Person zu verlangen.
- 6046
1/24 Die Bestimmungen von Rz 10117 ff. [RWL](#) über den Anspruch und die Berechnung des Verzugszinses sind sinngemäss anwendbar.

- 7016
1/24 Voraussetzung für den Erlass der Rückerstattung ist der gute Glaube und die grosse Härte. Die Bestimmungen von Rz 10160–10184 [RWL](#) gelten sinngemäss. Die grosse Härte muss nicht geprüft bzw. der Erlass ist von Amtes wegen zu gewähren, wenn die Rückerstattungssumme der gutgläubigen, rückerstattungspflichtigen Person 50 Prozent des Höchstbetrages der Gesamtschädigung nach [Art. 16a Abs. 1 EOG](#) nicht übersteigt.
- 7017
1/24 Für Abschreibungen von uneinbringlichen Rückerstattungsforderungen gelten die Bestimmungen von Rz 10186 ff. [RWL](#) sinngemäss.
- 7019
1/24 Für die Verrechnung gelten die Bestimmungen von Rz 10115 ff. [RWL](#) sinngemäss.